

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, meine Damen und Herren der Verwaltung, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der von Ihnen, Herr Riegger, am 12. April eingebrachte Haushaltsplanentwurf konnte schon keine Euphorie auslösen. Wenn man die Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen verfolgte, dann musste man befürchten, daß weitere Hiobsbotschaften auf uns zukommen würden. Allerdings übertraf der neuerliche dramatische Steuereinbruch wohl die schlimmsten Befürchtungen von uns allen. Ich werde nun aber nicht das übliche Lamento anstimmen; denn dies bringt uns hier nicht weiter. Natürlich müssen wir auf allen politischen Entscheidungsebenen für eine verlässliche Neuregelung der Gemeindefinanzierung eintreten, ja kämpfen. Aber jetzt und hier müssen wir alles daran setzen, mit dieser schwierigen Situation fertig zu werden. Eine Haushaltsplanberatung und Verabschiedung so spät im Jahr ist äusserst problematisch und darf keinesfalls zur Regel werden. Wir halten es dann eher für angebracht, im Bedarfsfall mit einem Nachtragshaushalt zu arbeiten.

Verwaltung und Gemeinderat brauchen schliesslich eine Arbeitsgrundlage. Da Sie die Haushaltssperre aufrecht erhalten wollen, dürfte die Gefahr, daß Aufträge ohne finanzielle Absicherung vergeben werden, gebannt sein. Und daß unsere Ämter, insbesondere im Bau- und sonstigen Vergabebereich in den kommenden Monaten arbeitslos werden, steht ebenfalls nicht zu befürchten, sind doch aus 2004 noch viele Haushaltsausgabenreste abzuarbeiten.

Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes sind von Verwaltung und Gemeinderat nur in Teilbereichen zu steuern, beim Personal, dem sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand und letztendlich der Zuführung zum Vermögenshaushalt. Alle anderen Abgaben und Umlagen werden uns von aussen "aufgedrückt" und können nur auf der politischen Ebene durch Aktivitäten insbesondere des Städte- und Gemeindetages angegangen werden. Vielleicht hat ja der neue Ministerpräsident ein größeres Herz und offenere Ohren für die Kommunen, zumal seinem Kabinett ein bisheriger Oberbürgermeister angehört.

Beim Personal weisen Sie, Herr Riegger, auf einen sparsamen Einsatz hin. Herr Oberbürgermeister, ich erlaube mir den Hinweis: Auf das OB-Büro trifft diese Beurteilung nicht zu, Ihre Zentralstelle ist ausgesprochen üppig ausgestattet. Liegt das etwa in der Natur der Sache respektive der Machtfülle des Amtes? Die Stabsstellen vermehren sich gar wundersam. Es kommt mir da das Sprichwort in den Sinn: Viele Köche verderben den Brei! Bei der durch Sie vor kurzem vorgenommenen Rotation bzw. den Umsetzungen und Neubesetzungen hätte es doch möglich sein müssen, unserem Antrag auf Einrichtung eines Europa-Büros zu entsprechen, ohne neue Personalstellen zu schaffen. In Zeiten sehr knapper Kassen könnten wir uns möglicherweise den einen oder anderen EURO aus Brüssel an Land ziehen!

Nach meiner persönlichen Ansicht war es auch ein Fehler, die zwei gut dotierten weiteren Stabsstellen Wirtschaftsförderung und Öffentlichkeitsarbeit in diesem finanziell so engen Jahr von aussen zu besetzen; beide Ressorts wären nicht zusammen gebrochen, wenn wir bis nächstes Jahr gewartet hätten. Diese Meinung hatte ich in den beratenden Gremien bereits vertreten, jedoch leider keine Unterstützung gefunden. Ich persönlich halte auch nichts vom Beschluss der Verwaltung, eine weitere Stelle zu schaffen und von aussen zu

besetzen für die Erarbeitung von Konsolidierungsvorschlägen. Ich halte unsere Bediensteten nicht für betriebsblind oder gar gleichgültig und kann mir vorstellen, daß - so wie es ja vor Jahren schon der Fall war - auch im Hause entsprechende Vorschläge erarbeitet werden können. Beraten und entscheiden über die von Ihnen als "Giftliste" bezeichneten Vorschläge muss ohnedies der Gemeinderat und hier spielt die politische Einstellung und Einschätzung die entscheidende Rolle.

Ich bedauere diese Vorgänge auch deshalb umso mehr, als Sie Herr Riegger in Ihrer Haushaltsrede angekündigt haben, die Personalausgaben bei den Kitas würden um 150.000 € gekürzt. Denn dies ist ausgerechnet der Bereich, der für die Zukunft aller unserer Kinder ganz besonders wichtig ist. Wir werden Sie während der Beratungen zur näheren Aufklärung dieser geplanten Kürzung auffordern.

Für unseren Anspruch, eine kinder- und familienfreundliche Stadt zu sein, brauchen wir dementsprechenden Personaleinsatz in unseren Tagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen. Diese Personalausgaben sind unverzichtbare Investitionen in die Zukunft, haben sich seither bewährt und zahlen sich später aus, ohne daß dies in Cent und EURO umgerechnet werden kann.

Das Modernisierungs- und Erweiterungskonzept der Kindertagesstätten, für welches insgesamt ein Bedarf von über zwei Millionen EURO veranschlagt ist, rückt nun zumindest für die nächsten Jahre nicht in greifbare Nähe, sondern eher in die Ferne.

Daß nun ausgerechnet in einem finanziell so schwierigen Jahr die Neueinrichtung eines konfessionellen Kindergartens bezuschusst werden soll, stößt bei der SPD-Fraktion auf Vorbehalte. Wir respektieren den Wunsch mancher Eltern, ihr Kind in eine konfessionelle Tagesstätte zu geben. Nachdem jedoch in städtischen Einrichtungen ein ausreichendes Angebot an Kindergartenplätzen für Kinder ab drei Jahren vorhanden ist, besteht für uns keine zwingende Notwendigkeit, eine neue Einrichtung in diesem Jahr zu starten bzw. seitens der Stadt zu fördern. Zumal in den Folgejahren und auf Dauer der entsprechende Betriebskostenzuschuss hinzu kommt.

In Ihrer Haushaltsrede am 12. April - und ich hoffe, das gilt nach wie vor - haben Sie, Herr Riegger, ferner erklärt, daß die kommenden Jahre Haushaltsjahre der Bildung und der Erziehung werden. In dieser Zielsetzung gehen wir mit Ihnen vollkommen einig, drängen wir doch seit Jahren auf Weiterentwicklungen auf diesem Gebiet. Allerdings haben wir vom einzuschlagenden Weg und der Vorgehensweise vermutlich andere Vorstellungen als die Verwaltung.

Daß wir bei den IZBB-Mitteln leer ausgehen, ist ärgerlich und enttäuschend. Ich kritisiere hier aber die Vergabemethode von Frau Schavan mit ihrem Windhund-Prinzip. Statt nach Schnelligkeit, sprich Eingabedatum, vorzugehen, wäre es sinnvoller gewesen, nach Inhalten und Bedürfnissen der Schulen und Kommunen zu urteilen, was natürlich mehr Aufwand erfordert und sicherlich auch Enttäuschungen hervorrufen würde. Andererseits wäre dann aber ein qualitativer Wettstreit entstanden, der durchaus zum Nutzen der jungen Menschen sein könnte.

Aufgehört hatte ich, als über die Regierungserklärung von Herr Oettinger berichtet

wurde. Eines seiner politischen Ziele sei der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Könnte da ein frischer Wind aus Stuttgart ins Land wehen? Weit gefehlt! Nach den Kurznachrichten wurden Passagen seiner Rede eingespielt und siehe da: Das Land habe kein Geld für die Nachmittagsbetreuung und deshalb müssten die Zusatzangebote ehrenamtlich abgedeckt werden, von Männern und Frauen, von alt und jung und insbesondere von Eltern! Dafür soll es auch Schulungsmaßnahmen geben. Na prima, dachte ich mir, also wird ein Teil der Mütter und auch der eine oder andere Vater am Nachmittag sich um ihre, seine und andere Sprösslinge kümmern und der andere Teil der Mütter wird dadurch in die Lage versetzt, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Was für ein bildungspolitisches Programm!

Vor der Regierungserklärung hatte der Präsident des Gemeindetags, Otwin Brucker, Herrn Oettinger darauf hingewiesen, mehr Ganztagschulen seien eine der wichtigsten landespolitischen Aufgaben. Er machte den - nicht neuen und richtigen - Vorschlag, z.B. das Landeserziehungsgeld von 80 Mio. EURO dafür einzusetzen und Lehrerstellen bereit zu stellen. In den Passagen der Regierungserklärung, die ich gehört habe, ist der Ministerpräsident auf all diese Vorschläge und Forderungen nicht eingegangen.

Da wir also weder aus den IZBB-Mitteln noch von der Landesregierung Finanzmittel erwarten können, bedeutet dies für uns hier in Sindelfingen: Wir müssen unseren eigenen Weg gehen! Für die SPD-Fraktion bedeutet dies aber auch, daß wir mit den der Stadt zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln nicht nur die G 8-Politik des Landes finanzieren können, sondern unsere knappen Mittel gerecht und für einen sinnvollen Aus- und Aufbau der Ganztagsangebote an anderen Schulen einsetzen müssen. Und damit wiederum wollen wir bei unseren Grundschulen ansetzen; denn hier, bei den Jungen und Mädchen im Grundschulalter, müssen bildungs- und sozialpolitische Ziele angestrebt und Entwicklungen fortgesetzt werden, die in unseren vorbildlichen Kindertagesstätten bereits begonnen haben. Leider werden unsere guten Kitas nicht von allen altersentsprechenden Kindern genutzt.

Auch deshalb ist der Ausbau der Grundschulen so wichtig. Für bedarfsgerechte Zusatzangebote an den Grundschulen sind keine Riesenneubauten von Nöten. Großen Wert legen wir ferner auf die Weiterentwicklung an unseren sogenannten Brennpunktschulen im Eichholz und auf dem Goldberg. Es macht in jeder Hinsicht Sinn, beide Grund- und Hauptschulen bei notwendigen Maßnahmen vorrangig zu behandeln. Wir treten auch dafür ein, als weiteren Schritt im schulischen Angebot unserer Stadt eine unserer Realschulen zu einer "echten" Ganztagschule zu entwickeln und auszubauen.

Dabei ist eine Prioritätenliste zu erstellen, sind die Brennpunktschulen vorrangig zu bedenken sowie diejenigen Schulen, an denen Bedarf festgestellt wird, dabei eben auch eine Realschule. Aufgrund des Wegfalls von IZBB-Zuschüssen müssen in den kommenden Jahren unsere eigenen reduzierten Finanzmittel so differenziert eingesetzt werden, daß an allen Gymnasien schrittweise deren bereits vorliegende Konzepte realisiert werden, ebenfalls mit der entsprechenden Rangfolge der unabdingbaren Notwendigkeiten.

Bedenklich stimmt uns die Ankündigung, die Unterhaltung der gesamten städtischen Infrastruktur werde auf das Notwendigste zurückgefahren. Es ist eine Binsenweisheit, daß

uns in einigen Jahren die steigenden und gestiegenen Kosten unaufschiebbarer Maßnahmen überrollen werden.

Wir bedauern auch, daß es wiederum nicht möglich ist, für die Wohnungsbauförderung seitens der Stadt Mittel einzustellen.

Noch im April war die Verwaltung davon ausgegangen, wir könnten auf neue Schulden verzichten und mit beträchtlichen Entnahmen aus den Rücklagen zurecht kommen. Und nun sind wir nicht nur zu Kreditaufnahmen gezwungen, sondern werden auch einer negativen Zuführungsrate zustimmen müssen.

Auf die mittelfristige Finanzplanung einzugehen erübrigt sich, steht sie doch auf sehr tönernen Füßen!

Und dies führt mich zur nächsten Sorge:

Unser städtisches Krankenhaus hat zu Recht einen hervorragenden Ruf und stellt nicht nur für die Sindelfinger Bevölkerung, sondern auch für das Umland beste medizinische Versorgung zur Verfügung. Unter den sich ständig verändernden Rahmenbedingungen und den in 2005 wirksam werdenden neuen Abrechnungsmodalitäten steht die Klinik aber auch vor großen Herausforderungen. In diesem Jahr rechnet die Krankenhausverwaltung mit einem Verlust in Höhe von 689.000 € und dies trotz Entnahmen aus den Rücklagen und vorgesehener Zuschüsse seitens des Trägers, der Stadt. In den Ausführungen der Krankenhausverwaltung im Wirtschaftsplan wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Gegensteuerungsmaßnahmen unerlässlich sind, um in den Folgejahren hohen Bilanzverlust zu vermeiden.

Die Vorschläge von McKinsey, die nun sukzessive umgesetzt werden sollen, wozu auch die Mitwirkung anderer erforderlich sein wird, werden selbst dann, wenn all dies gelingen sollte, nicht zu einem vollen Ausgleich führen. Die anstehenden Kooperationsgespräche müssen daher unbedingt zu konkreten Ergebnissen führen. Und nach meiner persönlichen Überzeugung ist es ebenso zwingend nötig, Wege zu weiter gehender Zusammenarbeit und vielleicht auch Zusammenschlüssen mit anderen Kliniken offen zu halten.

Die SPD-Fraktion wird im Rahmen der Haushaltsberatungen keine Anträge stellen, hierfür sehen wir keinerlei Spielräume. Wir werden aber künftig **a l l e** Vorlagen und Vorschläge der Verwaltung oder anderer Fraktionen, die mit Ausgaben verbunden sind, noch gründlicher auf ihre zukunftsorientierte Sinnhaftigkeit hin prüfen und gegebenenfalls ablehnen.

Und weil dies alles so ist, liebe Kollegen und Kolleginnen, und weil uns vermutlich weitere magere Jahre bevorstehen und das Klagen nichts bringt, halten wir es für notwendig und sinnvoll, daß wir uns gemeinsam darüber Gedanken machen, wie wir unsere Stadt mehr qualitativ und weniger quantitativ weiterentwickeln und gestalten:

Unsere Gesellschaft befindet sich im Umbruch. Der Altersaufbau der Bevölkerung verändert sich angesichts einer zunehmenden Lebenserwartung und rückläufiger Geburtenzahlen. Der Anteil von Familien mit Kindern sinkt und der von Alleinlebenden steigt. Hinzu kommen veränderte Bedingungen des Wirtschaftens und Arbeitens. Diese

Veränderungen beeinflussen das Leben jedes und jeder Einzelnen und das Zusammenleben in der Gesellschaft und damit eben auch und gerade in der Kommune. Zur Zeit beschäftigt sich im baden-württembergischen Landtag eine Enquetekommission intensiv mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Landespolitik. Die bisherigen Beratungen haben ergeben, daß die künftigen politischen Herausforderungen z.B. im Bereich der Kinderbetreuung, des Gesundheitswesens und der Krankenhäuser oder der Pflegestruktur nur dann bewältigt werden können, wenn Landes- und Kommunalpolitik zusammenwirken. Da diese Entwicklung nunmehr hinlänglich bekannt ist und auch vor unserer Gemeinde nicht halt macht, müssen wir uns damit auseinandersetzen.

Ein weiteres wichtiges und zukunftsweisendes Thema, das man durchaus auch gemeinsam mit der demografischen Entwicklung betrachten und diskutieren kann, ist der rasant fortschreitende Flächenverbrauch. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen müssen wir uns damit befassen. Ich gehe davon aus, daß wir alle hier nicht zu denjenigen gehören, die da sagen oder denken "nach mir die Sintflut". Und deshalb ist es uns auch nicht egal, ob für unsere Enkel und Urenkel noch etwas übrig bleibt zum Gestalten und Entwickeln. Die Podiumsveranstaltung Ende April im Rahmen der Boden-Tage hat dazu übrigens interessante Aspekte aufgezeigt. Ich rege an, Herrn Notter, der auf diesem Gebiet für die Landesregierung aktiv ist, einmal zu einem Vortrag in den Gemeinderat einzuladen.

Und damit wir für diese wirklich wichtigen Themen und deren Diskussion auch die notwendige Zeit haben, schlagen wir vor, das Neue Steuerungsmodell nicht nur weiter zu entwickeln, sondern auch anzuwenden. Wir schlagen ferner eine kräftige Entrümpelung der Hauptsatzung vor und eine Überprüfung, ob wirklich alles, was uns zur Entscheidung vorgelegt wird, unbedingt vom Gemeinderat bzw. den Ausschüssen zu entscheiden ist. Beispiele dafür hätte ich genug, dies würde aber den Rahmen dieser Aussprache sprengen. Ich weiß, daß dies für so manche hier im Gremium problematisch erscheint, aber wir möchten wenigstens einmal darüber beraten dürfen. Dies würde die Verwaltung entlasten hinsichtlich der Vorbereitungen der Sitzungen und uns sowohl Zeitersparnis bringen als auch die Papierflut eindämmen.

Die SPD-Fraktion legt in Zeiten der Globalisierung, der Regional- und Raumplanung, der gemeinsamen Entwicklung des Flugfeldes und weiterer gemeinsamer Arbeitsfelder grössten Wert auf eine vertrauensvolle und gedeihliche Zusammenarbeit mit unserer Nachbarstadt Böblingen. Diese Zusammenarbeit liegt im Interesse der Menschen, die hüben wie drüben der Autobahn leben. Dabei sollten wir uns auch von Rückschlägen nicht beirren lassen!

Die Entscheidung über den Haushaltsplan der Stadt wird als das Königsrecht des Gemeinderates bezeichnet. Nun, königliche Gefühle löst dieser Haushaltsplan sicherlich nicht aus, aber zu Depressionen gibt er ebenfalls keinen Anlaß.

Wenn wir bei den bevorstehenden Beratungen Augenmaß und Weitsicht walten lassen, dann werden wir mit dem Ergebnis weiterarbeiten können.

All denen in der Verwaltung, die an der Erstellung des Haushaltsplans und der

Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe mitgewirkt haben, gilt unser Dank für Ihren Einsatz.

Wir danken auch und ganz besonders den vielen Menschen in unserer Stadt, die sich für das Gemeinwohl und für andere Menschen engagieren, viele im Stillen und gerade deshalb so anerkennenswert.

Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die SPD-Fraktion: Wilma Römer